

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Nr. 443

Freitag, 27. Juni.

1884.

An: onen
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei L. Streitand,
in Meseritz bei H. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn.

An: onen
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Danck & Co.
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Das Abonnement auf dieses täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 40 Pf. Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.
Deutschland abgesehen aus Polen und Russland ist das
jähre Reichs an.

Inserate 20 Pf. die geschwungenen Zeichen über deren
Name, Namensverhältnis möglich höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Borgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 26. Juni. Der König hat den seitherigen chirurgischen Professor des Medizinal-Kollegiums der Provinz Westpreußen, Dr. med. Stark zu Danzig, zum Medizinal-Rath und Mitglied des genannten Kollegiums, und den Pfarrer Schüler zu Haueda zum Metropolitan der Parochialklasse Bützenhausen ernannt; sowie dem Waisenhaus- und Seminardirektor Lang in Bumslau i. Sch. den Charakter als Schulrat mit dem Range eines Rates vierter Klasse verliehen; ferner den seitherigen Bürgermeister der Stadt Paderborn, Frankenberg, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft für eine fernere zwölfjährige Amts- dauer bestätigt.

Dem Oberlehrer am Gymnasium zu Cleve, Dr. Schröder, ist das Präfusat Professor beigelegt worden. Der seitherige Polizei- und Stadtpfleger Dr. Schwahn in Breslau ist als Kreispolitus in den Landkreis Breslau verlegt, und der seitherige Kreis-Bundarzt des Landkreises Breslau, Sanitäts-Rath Dr. Schodow in Breslau zum Polizei- und Stadtpolitus der Stadt Breslau ernannt worden. Der seitherige kommissarische Verwalter der Kreis-Bundarztkommission des Kreises Regenwalde, praktische Arzt Dr. Krau zu Labes ist, unter Belassung in seinem Wohnsitz, definitiv zum Kreis-Bundarzt dieses Kreises ernannt worden. Der praktische Arzt Dr. Schlecht zu Guselkuchen ist zum Kreis-Bundarzt des Kreises Guselkuchen ernannt worden.

Der König hat dem Landrat, Major a. D. und Landessältesten Samekli auf Nieder-Kunzendorf im Kreise Münsterberg das Adels- präfusat verliehen.

Dem Rittermeister Dorn bei dem Posenschen Landgestüt zu Zutte in das Kreuz der Inhaber des Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Barbier und Heilgehülfen Utke zu Bromberg die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Deutscher Reichstag.

42. Sitzung.

Berlin, 26. Juni. Am Tische des Bundesraths: Fürst Bismarck, v. Bötticher, v. Schelling, Bronsart v. Schellendorff, Dr. Stephan.

Präsident Freiherr v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 25 Minuten.

Eingegangen ist eine Uebereinkunft zum Schutze der überseeischen Kabelverbindungen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erledigt ohne Diskussion in erster und zweiter Lesung die Literarkonvention mit Italien

Uebereinkunft mit Siam betr. den Handel mit geistigen Getränken.

In der ersten Berathung über den Handels-, Freundschafts- und Schiffahrts-Vertrag mit Korea behauert

Abg. v. Malzahn-Gülz, daß bei der Anerkennung der Wichtigkeit des Handels nach Korea das Haus die Seeadampferubventions-Vorlage in dieser Session nicht mehr zu erledigen zu wollen scheint. Eine direkte Verbindung nach Korea, wie sie die Seeadampfer-Vorlage wünscht, ist durchaus notwendig. Wir haben gesehen, daß der Reichskanzler jener Vorlage solche Bedeutung beilegt, daß er wohl zum ersten Male in einer Reichstagskommission erschienen ist. Bis jetzt haben die Liberalen stets behauptet, sie verständnen nur die innere Politik besser als der Reichskanzler (Heiterkeit rechts), jetzt aber scheint es, als ob sie auch die äußere Politik besser verstehen. (Beifall rechts.) Ich verzichte auf einen Antrag, daß die Subventions-Vorlage morgen auf die Tagesordnung gesetzt werde (hört, hört! links); ja, denn der Antrag wäre aussichtslos. Meine Partei wäre gern bereit, bis in den Winter hier zu sitzen, um die wichtige Vorlage zu erledigen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kapp: Der Vorredner hat weniger zur Sache, als zum Hause bindest gesprochen. Er hat so gethan, als ob uns das Wohl des Reiches weniger am Herzen liegt, als ihm. Ich weise das mit Entschiedenheit, ja mit Verachtung zurück. (Lebhafte Beifall links.) Mitglieder meiner Partei sind für das deutsche Vaterland eingetreten zu einer Zeit, als es wahrlich schwerer war als heute. (Beifall links.) Wollen Sie den Handel mit Korea, so senden Sie Segelschiffe hin, das genügt vollständig.

Der Präsident bemerkte, daß er die vom Abg. Dr. Kapp erwähnte Neuerung des Abg. v. Malzahn nicht gehört habe und sie somit gerügt hätte. (Beifall links.)

Gebümer Legationsrath von Küssnerow erklärt, daß eine direkte Dampferverbindung nach Korea für den Handel dorthin sehr erwünscht sei.

Abg. Richter (Hagen): Es handelt sich hier wieder um ein Stückchen Wahlpolitik. (Oho! oho! rechts.) Die Vorlage auf Dampferubvention ist im Reichskanzleramt verschleppt worden, nicht bei uns. Noch niemals ist eine Vorlage so schlecht begründet gewesen, wie diese — das haben wir schon in erster Lesung erklärt. Warum richten die Konservativen ihre Vorwürfe nicht gegen das Centrum? Mit diesen Herren fürchten sie vor den Wahlen anzubinden. (Heiterkeit.) Die Dampferubvention wäre auch in's Plenum gekommen, wenn neulich nicht von den Nationalliberalen in der Kommission die Kolonialfrage hineingezaugen wäre. Der Seniorenkonvent hat außerdem bei der Regierung angefragt, welche Vorlagen sie noch durchzubringen wünscht und in der Antwort der Regierung war von der Subventionsvorlage nicht die Rede. (Hört! hört! links.) Wenn Sie auf der Rechten jammern wollen, weshalb haben Sie es nicht schon beim Vertrage mit Siam gehabt? Freilich, die Herren auf der Rechten haben solches Vertrauen zum Reichskanzler (Beifall rechts), daß sie Alles thun, was er will (Beifall rechts). Dann brauchen wir keine Abgeordnete, dann mag aber auch der Reichskanzler die Verantwortung für die wachsende Steuerlast tragen. Die Subventionsvorlage wollen wir nicht, weil sie ungenügend und schlecht ausgearbeitet ist. (Lebhafte Beifall links.)

Minister v. Bötticher: Die Dampfer-Vorlage ist so schnell, als es bei den schwierigen Vorlagen möglich, dem Hause zugeführt werden. Wir haben auf die Durchberatung in dieser Session verzichtet, weil wir sie für aussichtslos hielten. Die Kolonialfrage ist in der Kommission nicht aus Gründen der Wahlpolitik behandelt

worden, der Reichskanzler treibt seine Wahlpolitik, die haben die Herren in der Kommission für ihn selbst getrieben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Wir Alle lieben unser Vaterland und stehen für seine Größe ein — man darf aber nicht nur sprechen, sondern auch handeln. (Sehr richtig! rechts.) Wenn das richtig ist, so hätten die Herren rechts vorhin weniger laut sprechen können. (Beifall links.) Bei der Dampferubvention handelt es sich um ein Kapital von 50 Millionen, mit dem ins Ungewisse spekuliert werden soll. Spekulieren kann ich mit meinem Gelde, nicht aber mit dem der Steuerzahler. (Beifall links.) Unsere Kraft und das Ansehen Deutschlands liegt in seiner Konzentration und in seiner Armee — diese Konzentration hört auf, wenn wir Kolonialpolitik treiben und eine große Marine gründen. In den Einzelstaaten können die dringendsten Bedürfnisse nicht befriedigt werden, die Steuerlast wächst und da darf man nicht neue große Ausgaben schaffen. Wenn der Reichskanzler sagt, wo sich Deutsche niederlassen, will er sie schützen, so bin ich mit ihm einverstanden. Wie er diesen Schutz versiebt, hat sich bei der Frage der Amerikanischen Niederlassung gezeigt. Für diese Art Schutz, die sich übrigens von selbst versteht, bin ich dem Reichskanzler dankbar. Die Vorliebe für die Kolonisation, die übrigens wächst mit der Entfernung vom Meere, hat ihren Grund in der Überproduktion und Überpopulation. Ich bin deshalb nicht gegen die Kolonisation — aber diese 4 Millionen, die hier jährlich verlangt werden, sind für Postdampfer verlangt worden. Will man etwa unsern Überdruss an Menschenkräften nach Ostasien schicken? Besser ist doch wahrsamer Amerika (Beifall links) und sehr eigenhändig ist es, daß jetzt die Auswanderung durch die Postdampfer derselben Regierung begünstigt werden soll, die bisher so entschieden gegen die Auswanderung aufgetreten ist. (Sehr richtig! links.) Und nach Ostasien und Australien geben doch wirklich schon Schiffe genug, auch eins, das meinen Namen trägt. (Heiterkeit.) Die Vorlage ist dann an die Kommission gegangen und dort hat der Reichskanzler Neuerungen über Kolonisation gethan, von denen ich münschte, daß ganz Deutschland sie hätte, denn sie würden die Begeisterung für Kolonisation dämpfen. Ständen wir am Beginn der Saison, so wäre ich für Berathung der Vorlage — aber wir stehen am Schlus. Man müste erst nach Hamburg und Bremen gehen und sich erkundigen, wie es drüben aussieht. Wollen die Freunde der Vorlage etwa hinübergehen und kolonieren? (Heiterkeit.) Ich widersetze der Ansicht, als ob wir ablehnen wollen — nein, wir wollen raten. Ich glaube, wer am meisten für die Vorlage spricht, versteht noch nicht viel davon. Herr von Malzahn will bis in den Winter hinein hier sitzen — das hängt nicht von ihm, sondern von den Wählern ab. (Heiterkeit.) Ich wünsche jedoch, daß Herr von Malzahn wieder kommt — ich wünsche Sie alle hier wiederzusehen (Heiterkeit), der Reichstag gefällt mir sehr, wie er jetzt ist. (Heiterkeit.) Aber wir haben lange genug gearbeitet und wollen jetzt ausruhen, denn wir müssen doch auch uns wieder vorbereiten. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Hammacher: Abg. Richter hat gemeint, unsere Partei hätte die Berathung der Dampferubvention durch Anregung der Kolonisationsfrage verzögert und Wahlpolitik getrieben. Beides lehne ich entschieden ab. Aber die Kolonisationsfrage steht in engstem Zusammenhang mit der Vorlage und die Neuerungen des Herrn Reichskanzlers über diese Frage herbeigeführt zu haben, ist allein schon ein Verdienst. Wenn wir Angesichts der Parteierlöschung (Widerspruch links, Beifall rechts) nicht zurückgeben, um die Wahlen unserer Kraft, so verzweifle ich am Wohle des Vaterlandes. Wer trägt die Schuld an dem Nichtaufkommen der Berathung? Sie allein, die Mitglieder des Zentrums und der deutsch-freisinnigen Partei. Abg. Richter hat in jener Sitzung den Antrag gestellt, die nächste Sitzung erst in 8 Tagen zu halten (hört, hört! rechts), das wurde abgelehnt und dann beantragt, die Sitzung am Freitag abzuhalten, also am letzten Sessionsstage. Wir aber halten diese Vorlage für so wichtig, daß wir sehr bedauern auseinanderzugehen ohne sie erledigt zu haben. Ich hoffe, der Herr Reichskanzler wird sich dadurch nicht abhalten lassen, in der nächsten Sitzung die Vorlage wieder einzubringen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Richter: Abg. Richter hat von Obstruktionen-Politik gesprochen — er hat in der That von der „Nord. Allg. Ztg.“ gelernt. (Heiterkeit.) Im Seniorenkonvent ist erklärt worden, die Regierung verzichte auf die Berathung der Vorlage. Es freut mich aber, heute auf die Berathung in der Kommission zurückzukommen zu können, denn ich muß erklären, der Bericht der „Nord. Allg. Ztg.“ war falsch. (Beifall links.) Die Neuerungen des Herrn Reichskanzlers über Kolonisation sind von unserer Partei freudig begrüßt worden, wir sehen ein Heil in ihnen. Dies konstatiren wir heute und sind um so mehr erstaunt, von dem Abg. v. Malzahn heute Wahlen zu hören mit Ausdrücken, die vom Herrn Präsidenten bereits gerügt worden. Man hat die Samoa-Angelegenheit gestreift. Bei der Samoa-Berathung behandelte man Finanzfragen noch nicht cauviérement, damals trat selb. Herr v. Minnigerode dafür ein, daß man spartanisch und erst prüfen müsse, ehe man solche Summen bewillige. Und damals war die Finanzlage günstiger als heute. — In der Kommission hat der Herr Reichskanzler den Zusammenhang der Vorlage mit der Kolonisation betont, im Plenum hat Herr Stephan einen solchen Zusammenhang bestritten. Wir haben der Vorlage in dieser Form nicht zugestimmt, damit ist doch aber nicht gesagt, daß wir gegen jede Subvention uns erläutern. — Den Abg. v. Malzahn möchte ich nur noch daran erinnern, das gerade unsere Partei den Reichskanzler in allen Fragen der Vermehrung der Marine ohne Weiters zugesagt haben, so sehr, daß sogar ein dem Herrn Reichskanzler nahestehender Kandidat der Freikonservativen mir daraus einen Vorwurf gemacht hat. Wenn die Konservativen am Schlusse der Sitzung bei dieser so harmlosen Vorlage diesen Miston ins Haus bringen, so müssen ihre Gründe doch schwach sein. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Man hat mir hier den Vorwurf der Trägheit gemacht und gemeint, die Vorlage hat zu lange bei mir gelegen. Eine solche Behauptung, als ob wir die Geschäftsvorfälle verschleppen, halte ich nicht für gerecht und ich bitte um Zurücknahme des Vorwurfs oder um Beweis. Dem Seniorenkonvent gegenüber sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß bei den Wahlen des Hauses die Berathung der Dampferubvention nicht mehr möglich sein würde. Was Abg. Dr. Bamberger in der Kommission gesagt, lang doch anders, als heute die Rede des Abg. Richter, sie lang wie eine höhnische Verfluchtigung auf deutsche Kolonialbestrebungen. (Sehr richtig! rechts.) Ich weiß, daß das keine Überzeugung war. Die Wiedergabe in der „Nord. Allg. Ztg.“ habe ich nur soweit gelesen, als

sie mich betrifft — das war Alles ganz richtig, sonst weiß ich nichts darüber. Man hat bemängelt, daß ich den Zusammenhang der Vorlage mit der Kolonisation nicht früher geltend gemacht habe. Sie unterschätzen aber meine Fähigkeit, Ihnen zu erscheinen. Außerdem konnte ich es nicht früher thun, als bis ich die Meinung Englands erfahren. Sie können von einem Minister des Auswärtigen nicht verlangen, daß er Ihnen von allen Dingen erzählt. Sie sagen auch, Sie haben in der auswärtigen Politik Vertrauen zu mir, aber wenn ich einmal etwas Außergewöhnliches unterstüze, so vermisse ich Ihr Vertrauen. Sich in jener Frage den Zusammenhang zwischen Seeadampfern und Kolonisation zu konstruieren, hätten Sie meiner doch nicht bedurft. Meine Pflicht zum Schweigen dehnt sich auch auf den Generalpostmeister aus, ich konnte auch ihm von diesem Zusammenhang nichts sagen. In meinen Erklärungen in der Kommission mußte es doch auch jedem klar werden, daß die bestehenden Linien nicht geschädigt werden sollten. Der Mangel an Vertrauen ist es auch hier wieder, der mir entgegentritt. Ich weiß sehr wohl, daß Dank für diese Einrichtung nicht zu erwarten ist, daß vielmehr diese neue Verwaltungsbürokratie nur zu verstärkten Angriffen bei der Budgetberatung gegen mich führen würde. Was die Kolonisation anbetrifft, so glaube ich nicht, daß sie künftig geschaffen werden kann. Neben den Muth der deutschen Kolonisten in Ostasien habe ich meine herliche Freude gehabt — was Herr Dr. Bamberger von der Schwäche unserer Marine gesagt, mag ja richtig sein. Ich als Kanzler des deutschen Reichs habe nicht den Muth gehabt, diese Panzerotterklärung unserer Marine anzupreisen. (Beifall rechts.) Und deshalb habe ich in dem Falle Lübeck mich genauer informiert, auf welcher Seite das Recht ist. Es standen auch englische Ansprüche gegenüber und da mußten wir um so vorsichtiger sein. Es ist dann in voriger Woche ein Ausgleich dahin geschafft, daß die englische Regierung in einem Notenwechsel einwilligt, in welchem die Rechte der englischen Kolonisten, die in dieser Frage beheimatet sind, gesichert werden. Natürlich würden wir ganz falsche Politik treiben, wenn wir Ober- und Unterbeamte und Garnisonen in die Kolonie schicken wollten, wir wollen vielmehr den Interessen der Kolonie gleichzeitig auch das Regieren derselben überlassen und die Autorität etwa durch einen Konsul zu wahren. Wir wollen nicht Provinzen gründen, aber deutsche Niederlassungen schützen durch das Reich. — Mein Gesundheitszustand erlaubt es mir leider nicht, meine Mitteilungen so weit auszudehnen, als ich gern wollte. Daß die Berathungen über die Vorlage aber dictatorisch behandelt sind, das ist doch klar. Ich behalte mir vor, in nächster Sitzung die Vorlage wieder einzubringen und nehme also nicht für immer von ihr Abschied. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Wöllwarth bedauert, daß die Vorlage in dieser Sitzung nicht mehr zur Berathung kommen soll, doch könnte an dem Beschlusse des Seniorenkonvents nicht gerüttelt werden. Ich freue mich, daß die Vorlage nun heute doch noch zur Sprache gekommen ist. Die Vorlage ist eine nationale Sache und jeder müßte für sie eintreten. Was wollen 4 Millionen bedeuten gegenüber einem so bedeutenden nationalen Zweck? Offenkundig wird der Reichstag in nächster Sitzung so zusammengesetzt sein, daß die Vorlage angenommen wird.

Abg. Dr. Bamberger: Ich widerstrebe jener Art von Kolonisation, welche heute auch der Herr Reichskanzler verhorret. Man darf sich nicht durch Schlägerei feststellen lassen. Was heißt denn das, Kolonialpolitik treiben? Der Herr Reichskanzler will gar keine Kolonialpolitik, denn er sagt ja, er will keine Forts errichten, keine Garnisonen hinsenden. Dasselbe habe ich gesagt, aber freilich etwas spöttisch, denn die hohe Eitelkeit des deutschen Volkes in dieser Frage verdient es nicht anders. Der Herr Reichskanzler bestellt unseren Mangel an Vertrauen. Wir haben den Herrn Reichskanzler jederzeit als ein Phänomen in der auswärtigen Politik bezeichnet, kein Parlament in der Welt enthält sich so sehr jeder Einrede in die äußere Politik wie das deutsche. Aber hier handelt es sich nicht um eine auswärtige politische, sondern um eine handelspolitische Frage. Fürst Bismarck wundert sich, daß wir den eigentlichen Charakter der Vorlage nicht gemerkt haben — aber der Herr Generalpostmeister hat es ja auch nicht gemerkt. Auch bin ich nicht allein schuldig, Sie alle sind es doch mit mir. Sie haben meine lange langweilige Rede angehört und haben die Vorlage an die Kommission verwiesen, ohne zu wissen, daß dort Abg. Dr. Hammacher kommen und uns das Licht der Kolonialpolitik aufstellen würde. Der Herr Reichskanzler verlangt von uns Vertrauen — das war auch bei der Samoa-Angelegenheit. Damals hiess es, daß Heil Deutschlands sei gesäßt, England würde sich dort festsetzen. Und was ist den 4 Jahren seitdem geschehen? Nicht ein Engländer hat sich um Samoa gelämmert, es zeigt sich, daß die Unternehmung nicht im Geringsten hätte prosperieren können. — Heute handelt es sich doch wirklich um ein Unikum im parlamentarischen Leben. Man bringt uns eine Dampferubventions-Vorlage, wir geben sie in die Kommission, und nun sagt man, es ist gar keine Dampferubventions-Vorlage, nein, es ist eine Vorlage, betreffend überseeische Politik. Um eine so völlig anders ausschlagende Vorlage sollen wir, von einer langen Sitzung ermüdet, jetzt noch schnell erledigen? Die „Nord. Allg. Ztg.“ hat mir u. A. auch Feigheit vorgeworfen — nun, die Courage der Herren von der „Nord. Allg. Ztg.“ habe ich allenfalls auch noch, sie werden sich nicht auf die Flotte begeben und den feindlichen Augen aussetzen und ich auch nicht. (Heiterkeit.) Aber was ich nicht habe, ist die Courage, hohe Worte zu machen. Gerade so, wenn auch nicht so laut wie Herr von Wöllwarth, bin ich für die Größe des Reiches und deshalb will ich nicht, daß der Friede des Reiches von jedem Kolonisations-Abenteuer gefährdet werden kann. Ich muß Sie erinnern an die Worte unseres Marschalls v. Wolke, wir würden noch 50 Jahre gerüstet stehen, ehe wir ruhen können. Der Reichskanzler meinte, ich habe gesprochen, wie ein englischer Minister. O nein, ein englischer Minister hätte gerade gewünscht, daß Deutschlands Marine irgendwo engagiert ist, wo England sie gelegentlich festhalten kann. (Unruhe rechts. „Zur Sache!“) Sie auf der Rechten sind es doch, die die Kolonialpolitik augerügt haben (Heiterkeit links). Amerika ist auch eine Seemacht, handelt aber nicht nach Kolonisationsprinzip. „Wir wollen handeln, aber nicht herrschen,“ ist sein Spruch — und das soll auch für uns gelten. (Beifall links.)

Geh. Legationsrath v. Küssnerow tritt den Aussführungen des Vorredners bezüglich Samoa entgegen. Die Berichte von dort sind durchaus glänzend und Alles spricht dafür, daß die damalige Ablehnung der Samoa-Vorlage ein Fehler gewesen, der für Deutschlands Entwicklung im überseesischen Handel schädlich wirkt. Natürlich wäre Samoa im Stande gewesen, weit besser zu prosperieren, wenn die

Unterstützung des Reichs der Ansiedelung zutheil geworden wäre. Wenn trotz der Ablehnung der Samoa-Vorlage die Regierung Ihnen doch die Postdampfer-Vorlage gebracht hat, so spricht das doch eben für die Bedeutung der Vorlage.

Abg. v. Minnigerode: Der Umfang, den die Diskussion hier genommen hat, zeigt, wie wenig berechtigt die Auseinandersetzung des Abg. Richter war, von einer Frage der Wahlpolitik zu sprechen. Wenn Abg. Bamberger meint, er müsse den Reichstag vor dem Eindruck einer Schlußentstimmung schützen, so scheint mir eher der Beschlus der Kommission unter dem Eindruck einer Schlußentstimmung gefasst worden zu sein. Unrichtig ist auch der Einwurf, daß die Auswanderung durch diese Vorlage vermehrt werde, trifft nicht zu, sondern nur das ist die Folge, daß die Auswanderer schneller und bequemer reisen. Abg. Dr. Windthorst räte, den Daumen auf den Beutel zu halten — aber er muß doch in dem Beutel etwas darin sein und Sie können den Thaler nicht einnehmen, wenn Sie den Groschen nicht ausgeben. (Beifall rechts.) — Die Behandlung in der Kommission war eine schleppende. Wir konnten und wollten gegen die Abmachung des Seniorenlöntents nicht austreten, aber es wäre billig gewesen, nachdem die Situation sich so völlig geändert hat, auf die Abmachungen des Seniorenlöntents zu verzichten. Die deutsch-freimaurische Partei hat von vornherein sich gegen die Vorlage aussprochen, so daß mit einer modernen Variante lang „diesem Ministerium keinen Dampfer!“ (Heiterkeit.) Abg. Dr. Bamberger hat von dem Blüthen und Gedanken Amerikas gesprochen — ja das ist doch aber gerade eine Kolonie, welche sich nach den Prinzipien entwickelt hat, die der Herr Reichskanzler will. Abg. Richter meint, die Begründung der Vorlage sei eine leere Redensart — ist ihm die geistige Entwicklung des deutschen Exports eine leere Redensart? (Beifall rechts.)

Abg. Meier (Bremen): In der Kommission wie hier im Plenum hat man sich nicht gegen die Anschauung des Reichskanzlers gewandt, sondern stets nur gegen ein Phantasiegebilde, daß man sich von Kolonisation entwenden. Schon das vorstellige Vorgehen des Reichskanzlers in der Lüderitz-Angelegenheit zeigt, wie sehr man zu ihm Vertrauen hegen darf und nicht zu befürchten braucht, daß durch sein Vorgehen das Reich irgendwie bedenkllich engagiert werden könnte. Nehmen wir diese Vorlage an, so werden wir bald erkennen, wie nützbringend dieses Unternehmung für die Interessen Deutschlands sein wird.

Abg. Richter (Hagen): Abg. v. Minnigerode wirft uns vor, wir sagen „diesem Ministerium jeden Groschen!“ — Sie auf den Rechten sagen freilich „diesem Ministerium jeden Groschen!“ — Das Ihr Vorwurf gegen uns nicht zutrifft, beweisen unsere bedingungslosen Bewilligungen für die Marine. Abg. v. Wölkmarth rühmt die Schönheit dieses nationalen Unternehmens — lieber wäre freilich ein Amendement von ihm gewesen, wonach Württemberg auch an den Kosten der Vorlage partizipieren sollte. (Heiterkeit und Beifall links.) Abg. Dr. Hammacher hat heute den Ton angeschlagen, der an ihm bekannt ist, wenn er das Antlitz des Herrn Reichskanzlers sieht. Wenn er uns vorwirkt, wir hätten die Vorlage als Parteiarche behandelt, so sollte er sich doch der Auseinandersetzung seiner Partei-Presse erinnern. Abg. Meier ist wohl am allerwenigsten berechtigt, für die Sache zu sprechen, denn er ist interessent dabei wie nur irgend einer. (Beifall links.) Ich hätte gewünscht, daß die Kommissionsverhandlungen auch öffentlich geführt worden wären, da könnten in dem „stenographischen“ Bericht der „N. A. Z.“ etwa 200 Zeilen meiner Rede nicht in zwei Worten erledigt werden. Wir sind dem Herrn Reichskanzler sehr dankbar, daß er von einer Kolonial-Politik mit Garnison Beamten nichts wissen will. Wir könnten nicht früher die rechte Stellung gewinnen, als bis der Herr Reichskanzler sich vollständig geäußert. Wäre die Abstimmung erfolgt vor diesen Erklärungen, so wäre die Vorlage abgelehnt worden, jetzt liegt die Sache anders. (Abo! rechts.) Ja, Sie freilich sind in jedem Stadium für die Vorlage, Sie wußten doch gewiß nichts von der Kolonialpolitik des Reichskanzlers, Ihnen hat er es doch am Allerwenigsten gesagt. (Heiterkeit.) Den heutigen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers stehen wir durchaus ausstimmend zur Seite. Nach der künftlich genährten Agitation für Kolonien müssen wir doch sehr vorsichtig sein. Die Postdampfer werden für die australische Linie jedenfalls die Auswanderung vermehren. Es fehlt aber bei uns vielfach an Arbeitern auf dem Lande und im Interesse der Landwirtschaft müssen wir Alles vermeiden, was die Auswanderung vermehrt. Bei der Vermehrung der Flotte darf man doch nicht vergessen, daß sie kaum im Stande sein würde, zur rechten Zeit im Kriegsfalle in Deutschland zu sein. Der Herr Reichskanzler hat einmal gesagt, die ganze böhmische Frage sei ihm nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert — und dasselbe muß auch von überseeischen Fragen gelten. Der Herr Reichskanzler will auf Subventionen verzichten, schön, dann bat er unser ganzes Vertrauen. (Heiterkeit) Aber wenn wir Geld bewilligen sollen, verlangen wir Unterlagen für unser Vertrauen. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Wenn der Abg. Richter heute zu meiner Freude und Überraschung in vielen Punkten mit mir übereinstimmt, wird das allgemein überraschen. Sieht der Zeitungslese in der Zeitung Abg. Richter und den Reichskanzler zusammen, so erwartet er einen Zusammenschluß. In gewöhnlichem Tone räumte der Vorredner meinen Ausspruch, daß ich keine Garnison in die Kolonien senden will — gebrochenen Tones aber schilt er, daß einst ein Landwehrmann gegen die Schwarzen in Afrika oder sonst wo kämpfen könnte. Davor habe ich doch gar nichts gesagt — eher das Gegenteil war meine Meinung. Das Herr Richter der Vorlage steht viel näher steht, als früher, freut mich ungemein — fahren Sie nur so fort, dann sieben wir bald als gute Kameraden zu einander. (Heiterkeit.) Nach dem Charakter der ersten Beratung müßte ich annehmen, die liberale Partei würde niemals der Vorlage zustimmen können. Man hat sich beschuldigt, daß zu der Prüfung der Vorlage dem Reichstage zu wenig Zeit gelassen sei. Ja, wer eine Wahl annimmt, muß eine Vorlage in 5 Minuten erledigen können. Hat denn ein Minister mehr Zeit? Sollte ich der orientalischen Frage gegenüber sagen, ich habe noch keine Zeit zur Stellungnahme gebaut? Wer über solche Vorlage ein Urteil in vier Wochen nicht abgeben kann, darf ein Mandat eben nicht annehmen. — Ich habe den Auszug meiner Auseinandersetzung in der Kommission in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gelesen, aber sie sind nicht auf meine Veranlassung stenographiert worden. Abg. Richter beschwert sich über die Kürze der Wiedergabe seiner Rede in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ — ich möchte ihn bitten, sich doch einmal die Berichte des „Reichsfreunds“ über die Ministerreden oder über die konservativen Abgeordneten anzusehen, die doch wohl auch nicht ganz erörtert sind. (Heiterkeit.) Was den Einwurf mit der Auswanderung an betrifft, so haben die Auswanderer doch schon jetzt so viele Mittel und Wege, daß die Postdampfer da nichts mehr schaden können. Aber in postalischer Hinsicht, in der schnelleren Förderung der Korrespondenz und des Transports, werden die Postdampfer günstig wirken. Im Übrigen geben Sie den Auswanderungslustigen Export und Schuhzoll und sie werden im Lande bleiben. (Beifall rechts.) Ich gönne der Marine durchaus, daß sie sich des Beifalls der Liberalen erfreut und populär ist, so populär, daß sogar Herr v. Stosch schon als mein Nachfolger im Reichskanzleramt genannt wurde. Ich bitte Sie aber auch, dem jetzigen Marineminister, dem Nachfolger des Herrn v. Stosch, Ihr Vertrauen zu bewahren. Mir freilich erweise ich Sie wenig Vertrauen. Abg. Dr. Bamberger röhmt meine Sachkenntnis und Vorsicht und meint in demselben Athemzuge, jeder Kolonial-Aventeur könne Deutschland in einen Krieg verwickeln. So lange ich Reichskanzler bin, gewiß nicht, und haben Sie einmal einen solchen Narren von Reichskanzler, der darauf eingeht, dann streichen Sie ihn weg. Haben Sie aber bis heute noch kein Vertrauen zu mir, so muß ich in Hinsicht auf die Zeit, die noch vor mir liegt, darauf verzichten. (Beifall rechts.)

Abg. v. Malzahn-Güll wiederholt, daß die Fortschrittspartei stets opponirt hat, wenn es sich um eine Forderung für Deutschlands Größe gehandelt hat. Wenn Abg. Dr. Rapp meint,

seine Partei sei auch in schwererer Zeit für Deutschland eingetreten, so erwähne ich, daß, so lange ich selbst für denken kann, für Deutschland gefühlt habe und die Mitglieder meiner Partei auch. Abg. Richter hat meine heutige Auseinandersetzung der Seeadler-Vorlage als Wahlpolitik bezeichnet — ich habe die Sache heute angeregt nur in Folge der Behandlung und des Vorgehens der Kommission. Auf die Details der Dampfer-Subvention will ich nicht weiter eingehen, eine so lange Diskussion lag gar nicht in meiner Absicht. Ich habe bei Beurteilung des Vertrages mit Korea auch bedauert, daß die Dampfer-Vorlage nicht in dieser Session mehr erledigt werden könne.

Abg. Richter (Hagen): Ich habe dem Herrn Reichskanzler heute zugesagt, es zeigt sich aber, mag ich zustimmen oder nicht, ich werde vom Herrn Reichskanzler schlecht behandelt werden. Auch habe ich heute gar nichts Anderes gesagt, als neutral in der Kommission, was in der gesamten Presse freilich ganz falsch dargestellt wurde. Wir haben die Marine stets freudig unterstützt, weil sie eine neue Einrichtung ist und das Landheer unserer Unterstützung nicht bedarf. Nun wußt man uns vor, wir haben der Marine zu viel Liebe geschenkt. Wie sollen wir's nun machen? Bewilligen wir der Marine nichts, so wird man uns Mangel an Vertrauen vor und bewilligen wir's, so wird man uns Feindschaft gegen den Reichskanzler vor, da wir seinen Nachfolger führen. Fürst Bismarck hat überhaupt keinen Nachfolger, die gewaltige Stellung wird kein Einzelner ausfüllen können. Der Herr Reichskanzler muß mich schon so nehmen, wie ich bin und ich hoffe, auch in der nächsten Session werden wir uns wiedersehen. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Es gab allerdings eine Zeit, wo man darauf rechnete (Rufe links: wer?), einem mir nachfolgenden Kabinett Herrn von Stosch als Stütze zu geben. Wenn Abg. Richter die Landwehr nicht dazu heranziehen will, an die Grenzen und nach Mecklenburg zu geben, dann weiß ich nicht, wozu wir sie haben. Ich habe auch Mecklenburg erwähnt in Erwiderung auf die Bambergersche Auseinandersetzung, wir könnten uns gegen einen Rosenmüller nicht wehren. Darauf mußte ich doch antworten — Was Mecklenburg anbetrifft, so sei doch noch erwähnt, daß man lange Zeit ja immer geahnt hat, es werde ein zweiter französischer Krieg ausbrechen. Die Neigung war überhaupt vorhanden, trotzdem müssen Sie mir das Zeugnis ausstellen, daß ich es nicht dabei dazu kommen lassen. Seit 14 Jahren hat uns Frankreich durch mehrere Regierungen hindurch sein Vertrauen bewahrt, unsere Beziehungen zu Frankreichs Regierung sind so vertraulich und freundlich, wie zu irgend einem Lande. Es herrscht volles Vertrauen auf die Gegenwärtigkeit der Ehrlichkeit. Es freut mich, daß mir durch die Erwähnung Mecklenburg die Möglichkeit gegeben worden ist, dieser beruhigenden Thatache hier Erwähnung zu thun. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Rapp: Ich habe es behauptet, weil mir von glaubwürdiger Seite gesagt worden, daß die Vorlage im Reichskanzleramt lange Zeit geruht habe. Nachdem der Herr Reichskanzler mir gesagt, daß das irrig ist, so nehme ich meine Auseinandersetzung zurück.

Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner bat von mehreren glaubwürdigen Zeugen gesprochen. Ich erkläre, daß diese Zeugen falsch sind, daß eine Veränderung von meiner Seite nicht vorliegt.

Abg. Dr. Rapp: Ich habe ja meine Auseinandersetzung bereits widerufen und bedaure, wenn vielleicht der Herr Reichskanzler durch Krankheit an schwächerer Erledigung verhindert worden.

Fürst Bismarck: Ich bin auch durch Krankheit nicht verhindert worden. Ich nehme jede Vorlage, die mir zugeht, sofort in die Hand und beschäftige mich damit.

Minister v. Bötticher führt aus, daß die Vorlage ohne Aufmerksamkeit erledigt worden und gibt die betreffenden Daten an.

Abg. Richter (Hagen): Die Regierungen haben zwei Monate Zeit gehabt, uns läßt man nur einen Monat Zeit — wie verlangt man da, daß wir damit fertig werden? — Die Auseinandersetzung über unser Verhältnis zu Frankreich, die der Herr Reichskanzler uns gegeben, wird allgemein willkommen sein.

Fürst Bismarck: Im Bundesrat kann eine Vorlage nicht so schnell erledigt werden wie hier. Das Mitglied des Bundesrats muß erst Institutionen einholen, das braucht doch ein Abgeordneter nicht, denn seine Wähler pflegt er doch nicht zu befragen. Die Abgeordneten haben Ferien, für die Regierungen gibt es dergleichen nicht. Im Gegenteil in den Parlamentsferien ist unsere Arbeit noch größer. Meine Überzeugung steht ebenso fest wie die des Abg. Richter, aber es ist die Übereinstimmung der Bundesregierungen notwendig, die nicht so schnell erzielt werden kann.

Abg. Richter (Hagen): Ich habe der Regierung keinen Vorwurf gemacht, sondern nur gewünscht, daß man auch uns Zeit läßt.

Die Diskussion wird geschlossen; per sonnlich bemerk.

Abg. Richter: Der Herr Reichskanzler hat mir vorgeworfen, ich hätte den Minister v. Stosch unterstellt, und mich dabei mit einer Verschwörung in Verbindung gebracht, die für Herrn v. Stosch gegen den Reichskanzler bestanden haben soll. Ich erkläre, daß ich einer solchen Verschwörung ganz fern gestanden habe, da ich erst heute davon überhaupt gehört habe.

Der Handelsvertrag mit Korea wird sodann in erster und zweiter Lesung erledigt, worauf das Haus sich vertagt.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Unfallversicherungsvorlage, Wahlprüfungen, Nachtragsetat, Reliktegesetz, Aktiengesetz.

Schluss 5 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 26. Juni. Die seltsame Situation, daß die konservative und offizielle Presse über die Verschleppung der Dampfer-Subventions-Vorlage klage, die Regierung aber keinen Gebrauch von dem naheliegenden Mittel macht, zu erklären, daß die Sessoin nicht vor einem Votum des Hauses über die Vorlage geschlossen werden würde, ist doch den Konseriativen und der Regierung einer Aufhellung vor dem Lande bedürftig erschienen; und so wurde heute anlässlich des Handelsvertrags mit Korea durch Herrn von Malzahn die Debatte über Dampfer-Subvention und Kolonialpolitik improvisirt, welche bald große Dimensionen annahm und den benachrichtigten und alsbald erschienenen Reichskanzler zum Eingreifen in dieselbe veranlaßte. Den wahren Grund des Verzichts auf die zweite Lesung in dieser Sessoin hat Herr von Minnigerode nun freilich nicht angegeben, sondern zu vertuschen versucht, wenn er betonte, daß die Konservativen von der Vereinbarung des Seniorenlöntents sich nicht einigten, ohne von den anderen Parteien dazu ermächtigt zu sein, loszagen könnten: für die Regierung war diese Verabredung ja in keiner Weise bindend. Die Wahrheit ist, daß das Zentrum der Hauptinteressent der Vertagung der Angelegenheit war und ist, und daß sowohl die Konservativen, als die Regierung denselben zu Willen sind. Die Führer der frei-freimaurischen Partei haben so entschieden Stellung gegen die Vorlage genommen, daß sie kein persönliches Interesse an der Verzögerung der Entscheidung haben. Dagegen hat Herr Windthorst heute gar kein Hehl daraus gemacht, daß er sich in dieser Sessoin noch nicht binden will, und Fürst Bismarck hat durch die Erklärung, er sei Diplomat genug, um sich diesmal die dilatorische Behandlung gefallen zu lassen, bestätigt, daß es mit dem Willen der Regierung geschieht, wenn durch Vertagung der Ent-

scheidung dem Verlangen des Zentrums entsprochen wird. Ob das letztere nicht bei einer anderen Gelegenheit eine unangenehme Quittung darüber erhalten wird, daß es gegenwärtig die Abfahrt des Kanzlers kreuzt, das bleibt abzuwarten. Herrn Windthorsts heutige Rede hat bestätigt, daß dem Zentrum die Zustimmung zu der Vorlage nicht allzu schwer fallen wird, sofern ihm in der nächsten Sessoin die allgemeine Lage dazu angehängt erscheinen sollte — also je nachdem der Bundesrat inzwischen das Internierungsgesetz aufgehoben haben wird oder nicht, je nachdem die Verhandlungen mit dem Vatikan verlaufen sein werden u. s. w. Herr Windthorst macht von der klerikalen Machtstellung einen äußerst ungenierten Gebrauch, vielleicht einen etwas zu ungenierten, als daß er nicht Rücksläge provoziert sollte; er wird freilich von allen Seiten ermutigt. Die heutige Debatte selbst war im Wesentlichen eine Wiederholung der am Montag in der Kommission geführten, über die so ausführlich berichtet worden ist, daß die heutigen Reden nicht viel Neues bringen könnten. — Bei der morgigen dritten Lesung des Aktiengesetzes wird der Besuch wiederholt werden, die Presse davor zu schützen, daß sie für die in gutem Glauben erfolgte Veröffentlichung eines Gründungsprojektes, welcher falsche Angaben enthält, verantwortlich gemacht werden könnte. Die wiederholten Erwähnungen haben aber ergeben, daß dies in angemessener Weise nur durch eine Abänderung des betreffenden Paragraphen überhaupt geschehen kann, welche die Abseits der Täuschung durchweg, nicht bloß betreffs der Presse, bestimmter als bisher, zur Voraussetzung der Strafbarkeit macht. Geschieht dies, so würden alle Bedenken beseitigt sein, während jede Ausnahmestellung zum Schutz der Presse auf die Besorgnis steht, es könnte dadurch einer gewissen Sorte von Börsenpresse ein Privilegium der straffreien Anprüfung unsauberer Gründungen verliehen werden. Die Erörterungen über die Frage dauern noch fort.

— Dem Reichstage ist heute noch die internationale Nebeneinkunfts betr. den Schutz unterseeischer Kabel zur Gutheilung zugegangen.

— Das Präsidium des Reichstags hat in Voraussicht des nahen Schlusses der Session, der spätestens am Sonnabend zu erwarten ist, die Mitglieder des Reichstags für morgen Freitag Abends 8 Uhr zu einer geselligen Vereinigung eingeladen. Dabei ist offenbar von der Voraussetzung ausgegangen, daß die auf dieselbe Zeit überauptete Sitzung der Budgetkommission zur Vorberatung der Postdampfervorlage in Wegfall kommt.

— Verboten sind auf Grund des Sozialistengesetzes das „Königsberger Volksblatt“ und der Verein „Klimper“ in Kiel.

Thorn, 26. Juni, früh. Der Weichselstand, jetzt 6,45 Meter über dem Pegel, ist andauernd steigend. Die Überflutung richtet bedeutende Verheerungen an, die Ländereien sind überschwemmt; der Schaden ist groß. Der Weicheldamm ist in Gefahr.

Copenhagen, 26. Juni. Das Parteiverhältnis in dem Folketing gestaltet sich nach den gestern stattgehabten Wahlen folgendermaßen: Ministeriell sind 19 Abgeordnete der Rechten, dagegen sind antiministeriell 74 Abgeordnete von der Linken, 4 Liberale und 4 Sozialisten, von denen früher keiner im Folketing war.

Christiania, 26. Juni. Das neue Ministerium ist heute wie folgt gebildet worden: Johann Sverdrup Staatsminister in Christiania und Marineminister, Daaerl Kriegsminister, Sørensen Justiz, Alexander Inneres, Haugland Finanzen, Professor Blix Kultus; Generalkonsul Richter ist zum Staatsminister in Stockholm ernannt worden. Der Deputierte Jacob Sverdrup und der Assessor Stang sind zu Staatsräthen bei der Abteilung des Staatsraths in Stockholm ernannt worden.

Paris, 26. Juni. In der Deputirtenkammer erklärte auf eine Anfrage Rouvier's der Handelsminister, er habe bisher zwei Berichte aus Toulon erhalten; die Zahl der an der Cholera Erkrankten sei wenig erheblich, obwohl die Krankheit bereits vor zwölf Tagen zum ersten Male aufgetreten sei; die Krankheit habe also keinen stark um sich greifenden Charakter. Durch Reisende sei die Krankheit nicht verbreitet worden. Überhaupt hätten die Leute sich wiederholt dahin ausgesprochen, daß es sich um eine sporadische, nicht um die asiatische Cholera handele. Es seien alle Maßregeln getroffen worden, um eine Ausdehnung der Epidemie zu verhindern. Die Regierung habe niemals gezaudert, wenn es sich darum handelte, das Land gegen die Gefahr einer ansteckenden Krankheit von außerhalb zu schützen. Sollten außergewöhnliche Maßregeln notwendig werden, so würden sie ohne Verzug ergriffen werden.

Eine an den Marineminister aushängende gerichtete Depesche vom 25. d. Ms. bestätigt, daß eine Kolonne von 700 Mann, darunter 300 tonkinische Hilfstruppen, als dieselben Langton besetzen wollten, in einem Defilé von 4000 Mann regulärer chinesischer Truppen angegriffen wurden. Die Kolonne behauptete ihre Positionen und zwang den Feind zum Rückzug; der Verlust der Franzosen betrug, wie gemeldet, 7 Tote und 42 Verwundete; darunter 2 Offiziere. General Négrier entsandte 2 Bataillone und 2 Batterien zur Verstärkung. Der Konsellpräsident Ferry erwiederte in der Deputirtenkammer auf eine hierauf bezügliche Anfrage, der Gesandte Patenot sei angezogen worden, sich sofort nach Peking zu begeben, um wegen der Vorgänge bei Langton Genugthuung zu verlangen; gleichzeitig habe Admiral Courbet den Befehl erhalten, mit zwei Geschwadern nordwärts zu gehen, um Patenot zu unterstützen.

Madrid, 26. Juni. Die Session der Cortes soll erst am 20. Juli geschlossen werden; vorher sollen noch die auf Kuba einzuführenden Reformen beraten werden. — Neben die beabsichtigte Errichtung neuer Panzer-Schiffe ist ein Bericht vertheilt worden. Die Regierung wendet den Marinangelegenheiten große Sorgfalt zu. — Angesichts der in Toulon

vorgelkommenen Cholera-Fälle, hat die Regierung ausgedehnte Vorkehrungsmaßregeln angeordnet.

London, 26. Juni. Die „Times“ bespricht die Angrenga-Bequemlichkeit und drückt hierbei ihre befriedigung darüber aus, daß in dieser kleinen aber nicht unbedeutenden Frage die „zwei großen kolonistrenden Länder der Welt“, (1) England und Deutschland, es möglich gefunden haben, ohne ernste Schwierigkeiten zu einer Verständigung zu gelangen.

Petersburg, 21. Juni. Die offiziöse „Novoje Wremja“ meldet, daß der russische Botschafter bei der Pforte, Nekradow, den Auftrag gehabt und sich derselben auch entledigt habe, wegen der sofortigen Bezahlung des Restes der türkischen Kriegsschuld im Betrage von 200 000 Lire an Russland der türkischen Regierung energische Vorstellungen zu machen und bis zu Drohungen zu gehen. Außerdem hatte der Vertreter Russlands die Pforte aufmerksam zu machen, daß der eben abgelaufene russisch-türkische Handelsvertrag nur dann von Russland verlängert werden würde, wenn es einige von ihm begehrte, sehr hohe Begünstigungen zugestanden bekäme. Die Pforte soll sich dadurch veranlaßt gesehen haben, sich mit einer Note an die europäischen Mächte zu wenden, worin sie die russischen Forderungen für unannehmbar erklärt, zu deren Prüfung sie aber unterdessen doch, um Russland nicht sofort vor den Kopf zu stoßen, vorläufig eine Kommission niedergelegt hat. Vielleicht wird sich Europa in Völkle auch wieder mit einer russisch-türkischen Differenz zu beschäftigen haben.

Locales und Provinzielles.

Posen, 27. Juni.

r. Prinz Albrecht von Preußen traf heute Morgens 4 Uhr 40 Min. von Kreuz hier ein und reiste 4 Uhr 55 Min. weiter nach Breslau.

* **Viktoriatheater**. Der aus der vorjährigen Saison bekannte und beliebte Tenorist, Herr Karl Januschke, ist gestern hier eingetroffen und tritt heute als Bettelstudent wieder auf. Die heutige Vorstellung findet in der alten Besetzung des Vorjahres statt, auch Direktor Carl hat wieder seine Rolle übernommen.

Wollmarkt.

Königsberg i. Pr., 26. Juni. Der hiesige Wollmarkt ist beendet. Die Zulieferer von ca. 11 000 bis 12 000 Zentnern sind bis auf einige Partien geräumt. Der Verkehr blieb, die seineren Wollen ausgenommen, bis zum Schlusse schleppend, Preise durchweg niedriger, insbesondere für verzichtete oder schlecht behandelte Wollen. Gut naturige, ausgeglichene Wollen erzielten bei guter Wäsche: Tuchwollen 53—57, Rammwollen 51—54, Stoffwollen 48—53, Kreuzungswollen 40—45 Thlr. pr. Zentner, vereinzelte Partien, außer bei Stoffwollen, etwas mehr. Schlechtgewachsene Kreuzungswollen schwer verkäuflich und wesentlich billiger.

Staats- und Volkswirtschaft.

Petersburg, 26. Juni. Der „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht einen kaiserlichen Utaß vom 17. (5.) Juni, durch welchen auf der Grundlage des bestätiglichen kaiserlichen Utaßes vom 23. (11.) Oktober 1876 der Umtausch der im Jahre 1884 zu amortisrenden Serien 200, 201, 202, 203 und 204 der Reichsschatzbillets gegen die unter den früheren Bedingungen neu zu emittierenden Serien 280, 281, 282, 283 und 284 a 3 Millionen Rubel angeordnet wird.

Telegraphische Nachrichten.

Ems, 26. Juni. Zu der kaiserlichen Tafel waren gestern geladen: Prinz Nikolaus von Nassau, die Regierungspräsidenten v. Bernuth, v. Hoffmann und Raffe, Oberlandesgerichts-Präsident Dr. Albrecht, Bürgermeister Spangenberg und Geh. Sanitäterath Dr. Orth. Später arbeitete der Kaiser allein und erschien Abends im Theater. Heute früh setzte derselbe die Brunnenkur fort, machte eine Promenade und nahm sodann die Vorträge des Hofmarschalls Grafen Perponcher und des Generalleutnants v. Albedyll entgegen.

Kattowitz, 26. Juni. Auf Deutschlandgrube wurden soeben 8 Bergleute lebend heraufgebracht, zur Errettung noch anderer Lebender ist Hoffnung vorhanden.

Beuthen, 26. Juni, 8½ Uhr Abends. Die Beuthener Feuerwehr ist zur Hilfeleistung nach Schwientochlowitz alarmiert. Die sämlichen verschütteten Bergleute sollen noch am Leben sein; zehn sind bereits herausbefördert.

Darmstadt, 26. Juni. Der Schluß der Landtagssession erfolgt morgen Mittag.

Wien, 26. Juni. Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung des Geheimraths Grafen Szecsen zum Oberschöfsmarschall.

London, 26. Juni. Im Oberhause kündigte Lord Sidmouth an, er werde am Montag die Anfrage an die Regierung richten, ob es wahr sei, daß dem deutschen Reichstag ein Telegramm Lord Granville's bezüglich Angrenga Pequena's vorgelegt worden sei und ob dasselbe auch dem englischen Parlamente mit den übrigen beifülligen Schriftstücken vorgelegt werden würde. Lord Granville theilte mit, er werde am Dienstag ein Tabellenvotum beantragen, in welchem erläutert wird, daß die Bedingungen des englisch-französischen Abkommens nicht geeignet seien, die Ruhe und eine gute Verwaltung in Ägypten herzustellen. Lord Granville widerlegte die irrtümliche Auffassung seiner jüngst von ihm abgegebenen Erklärungen bezüglich des Suezkanals und hob hervor, daß jene, was er gesagt habe, sei bereits in seinem Rundschreiben vom Januar 1883 enthalten gewesen, nämlich den Suezkanal in Kriegszeiten frei, nicht nur neutral zu machen.

Rom, 26. Juni. Die italienische Postverwaltung ist davon verständigt worden, daß der postalische Paketverkehr von Frankreich nach Italien bis auf Weiteres eingestellt ist; von Frankreich kommende Korrespondenzen werden an der Grenze beschlagnahmt.

Konstantinopel, 26. Juni. Die Provenienzen aus London haben sich einer regelmäßigen Quarantäne zu unterwerfen und müssen sich zu diesem Beufe ausschließlich nach Smyrna, Beirut oder Tripolis begeben.

Paris, 26. Juni. In der Kammer beantragen die Abgeordneten Charmes und Ribot, die Kammer möge ihr Urtheil bis nach der Konferenz verschieben, verlangen gleichzeitig, daß nichts ohne die Zustimmung der Kammern beschlossen werde und schlagen die Annahme der einfachen Tagesordnung vor. Ferry verspricht alle Arrangements vor einem definitiven Abschluß der Sanction der Kammern zu unterbreiten, weigert sich aber mit Rücksicht auf die Bemerkungen Charmes und Ribots, die einfache Tagesordnung anzunehmen. Die genannten Deputirten erklärten darauf, daß die einfache Tagesordnung nichts Feindliches gegen die Regierung involviere, sondern ihr volle Freiheit des Handelns lasse. Ferry acceptierte in Folge dessen die einfache Tagesordnung, welche einstimmig angenommen wurde.

Paris, 26. Juni. Der „Temps“ sowohl, wie die hiesige chinesische Gesandtschaft versichert, die chinesische Regierung stehe den Vorgängen bei Langson vollkommen fern; die Gesandtschaft glaubt, die Angreifer wären nicht reguläre chinesische Truppen, sondern Deserteure, insbesondere solche Irreguläre gewesen, welche zu den Banden Luh Bin Phuoc gehörten und nicht mehr auf chinesisches Gebiet zurückzukehren wagen, sondern das in Besitz genommene Terrain zu behalten versuchen. — In Berichtigung anderweitiger Gerüchte erklärt der „Temps“, in der vergangenen Nacht sei ein Fall sporadischer Cholera, wie solche häufig in Paris vorkomme, in der Rue Chaptal konstatirt, die Krankheit aber leicht gehoben worden.

Toulon, 26. Juni, 7 Uhr Abends. 6 Cholera-Todesfälle sind heute zu verzeichnen.

London, 26. Juni. Im Unterhause erklärte Lord Fitzmaurice, Angehörige der ersten Einwände der Mächte gegen den Kongovertrag habe die englische Regierung der portugiesischen Regierung angezeigt, die Ratifikation des Vertrags sei nutzlos, sie hoffe jedoch den Theil betreffend die Flußkommission, aufrecht zu erhalten und ihr, wie ursprünglich beabsichtigt, einen internationalen Charakter zu geben.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Std. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	i. Cels. Grad.
26. Nachm. 2	757,7	NW mäßig	wolfig	+19,2
26. Monds. 10	758,9	NW schwach	ganzeiter	+14,7
27. Monds. 6	758,8	NW schwach	heiter	+13,3
Am 26. Wärme-Maximum: +22°1 Cels. Wärme-Minimum: +14°0				

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 26. Juni Morgens 1,12 Meter.
" " 26. Mittags 1,14
" " 27. Morgen 1,22

Geographische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 26. Juni. (Schluß-Course.) Fest.
Lond. Wechsel 20,437. Pariser do. 81,13. Wiener do. 167,37. R. W. S. M. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 109. R. R. Br. Anth. 125. Reichsanl. 103. Reichsbank 144. Darmst. 150. Meining. Bl. 92. Delt.-ung. Bank 715,75. Kreditbank 253. Silberrente 67. Papierrente 67. Goldrente 85. Ung. Golbreite 76. 1880er Boose 120. 1884er Boose 306,80. Ung. Staatsl. 219,00. do. Ostb.-Ob. II. — Böhm. Westbahn 259. Elisabethb. — Nordwestbahn 146. Galizier 237. Franzen 265. Lombarden 122. Italiener 94. 1877er Russen 94. 1880er Russen 75. II. Orientanl. 58. Zent.-Pacific. — Distonto-Kommandit. — III. Orientanl. 58. Wiener Bankverein 88. 5% österreichische Papierrente. — Buschsterader — Egarter 59. Gotthardbahn 104. Türken 8. Südb. Böhmer 164. Tabakaktien. — Spanier eger. 60. —

Nach Schluß der Börse: Kreditbank 254. Franzen 265. Galizier 237. Bombarden 122. II. Orientanl. — III. Orientanl. — Egarter 58. Gotthardbahn — Spanier neue — Marienburg-Wloclawka —

Central Pacific 106. Denver u. Rio grande I. M. — Chicago Milwaukee —

Wien, 26. Juni. (Schluß-Course.) Verhüligende Berichte über die Cholera, Deckungen und Arbitrageläufe bestätigten, doch drückten vorübergehend die Nachrichten über den französisch-chinesischen Konflikt, Schluß behauptet.

Papierrente 80,05. Silberrente 81,00. Delt. Goldrente 102,20. Syros. ungarische Goldrente 122,60. Syros. ung. Goldrente 91,45. Syros. ungar. Papierrente 88,15. 1864er Boose 125,00. 1880er Boose 135,25. 1884er Boose 188,00. Kreditloose 175,00. ungar. Prämien 114,75. Kreditbank 302,10. Franzen 315,90. Lombarden 144,90. Galizier 284,00. Rast.-Ober. 146,50. Rostbahn 147,50. Nordwestbahn 175,00. Elisabethbahn 233,75. Nordbahn 253,00. Delt. — Ung. Bank —. Türkische Boose —. Unionbank 105,20. Anglo-Luft 108,75. Wiener Bankverein 105,10. Ungar. Kredit 302,75. Deutsche Bläse 59,60. Londoner Wechsel 121,90. Pariser do. 48,40. Amsterdamer do. 100,60. Napoleon 9,69. Dukaten 5,74. Silber 100,00. Marknoten 59,62. Russische Banknoten 1,22. Lemberg-Sternowit. — Kronpr. Rudolf 179,50. Trans-Josef —. Durch-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbtalb. 183,00. Tramman 218,25. Buschsterader —. Ungar. syros. Papier 88,15. Tabaksaktien —.

Wien, 26. Juni. (Privatverkehr.) Delt. Kreditbank 302,20. 4proz. ungar. Goldrente 91,42. Länderbank —. Ruhig.

London, 26. Juni. Consols 99. Italienische oprozentige Rente 94. Lombarden 12, Syros. Lombarden alte —. Syros. do. neue —.

Syros. Russen de 1871 90. Syros. Russen de 1872 90. 4proz. Russen de 1873 89. Syros. Türken de 1865 7. 4proz. hunderte Amerik. 121. Österreich. Silberrente 68. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76. Delt. Goldrente 84. Spanier 60. Egarter neue —. do. unif. 57. Ottomankbank 14. Preus. 4proz. Consols 102. Ruhig. Blasdiotont 1.50. Silber —.

Wien, 26. Juni. (Privatverkehr.) Delt. Kreditbank 302,20. 4proz. ungar. Goldrente 91,42. Länderbank —. Ruhig.

Petersburg, 26. Juni. Wechsel auf London 24. II. Orientanleihe 93. III. Orientanleihe —. Neue Goldrente 165. Petersburger Diskontobank 476. Privatdiskont —.

Wien, 26. Juni. (Privatverkehr.) Weizen hiesiger loto 19,00. fremder 19,50. per Juli 17,85. per Nobr. 18,20. Roggen loco hiesiger 15,50. per Juli 14,85. per Nobr. 15,15. Hafer loco 15,75. Rüb. loto 30,00. per Nobr. 28,80.

Bremen, 26. Juni. Petroleum (Schlußbericht) niedriger. Standard white loto 7,25 bez. per Juli 7,25 bez. per August 7,35 Br. per Aug. Debr. 7,65 bez.

Hamburg, 26. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine rubig. per Juni-Juli 173 Br. 172,00 Gd. per Juli-August 174 Br. 173 Gd. Roggen loco still, auf Termine rubig. per Juni-Juli 186,00 Br. 135,00 Gd. per Juli-August 185,00 Br. 134,00 Gd. Hafer fest. Gerste matt. Rüb. still, loco 57, per October 56. Spiritus leblos. per Juni 41 Br. per Juli-August 41 Br. per August-Septbr. 42 Br. per September-Oktbr. 42 Br. Hafer rubig. Umsatz 3000 Sac. — Petroleum rubig. Standard white loto 7,60 Br. 7,50 Gd. per Juli 7,45 Gd. per August-Dezember 7,80 Gd. — Weizen Schö.

Wien, 26. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 9,92 Gd. 9,97 Br. per Herbst 10,15 Gd. 10,20 Br. Roggen per Juni 8,80 Gd. 8,40 Br. per Herbst 8,18 Gd. 8,23 Br. Mais per Juni 6,95 Gd. 7,00 Br. per September-Oktbr. 7,18 Gd. 7,23 Br. Hafer per Juni 8,43 Gd. 8,48 Br. per Herbst 7,13 Gd. 7,18 Br.

London, 26. Juni. Havannauder Kr. 12,15 nominal. Rüb. Robzucker 13,15 stau. Centrifugal Kuba 16.

London, 26. Juni. An der Küste angeboten 17 Weizenladungen. Wetter: Brachvoll.

Liverpool, 26. Juni. Baumwolle (Schlußbericht). Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner rubig. Surats unregelmäßig. Ridd. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 6,5. Juli-August-Lieferung 6,5. September-Lieferung 6,5. September-October-Lieferung 6,5. October-November-Lieferung 6,5. November-Dezember-Lieferung 6,5. Dezember-Januar-Lieferung 6,5.

Bradford, 26. Juni. Wollfest, ruhiger in Folge hoher Preise. Spinner fest beschäftigt. Mohair speziell gefragt. Stoffe ruhig.

Antwerpen, 26. Juni. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinates, Type weiß, loto 18,5 bez. 18,5 Br. per Juli 18,5 Br. per August 18,5 Br. per September-Dezember 18,5 Br. Rubig.

Antwerpen, 26. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer unverändert. Amsterdam, 26. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen pr. November 243. Roggen per October 169.

Amsterdam, 26. Juni. Bancazinn 52. Newport, 25. Juni. Visible Supply an Weizen 14,975 000 Bushel. do. do. Mais an 8,525 000 Bushel.

Marktpreise in Breslau am 26. Juni.

Festsetzungen der städtischen Markt Deputation.	gute
---	------

